Problematik „Opferschutz“ in der Politik offensichtlich in Vergessenheit geraten

20.02.2016

Gemeinsam mit Mdl Lothar Hegemann (CDU) überlegten Euskirchener BRH-NRW-Vertreter mit Düsseldorfer Unterstützung den Handlungsbedarf, wo man was bewegen muss: Heiner Ackermann, Volker Lohmeier, MdL Hegemann und Hans Burggraf (von li).

(Euskirchen/Düsseldorf): Das Älterwerden nicht immer gleich mit Pflege verbinden, das war ein Thema der Gesprächsrunde mit dem seniorenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Lothar Hegemann. Vertreter des Seniorenverbands BRH - der einzigen Fachgewerkschaft im DBB, die sich ausschließlich mit Belangen der Älteren beschäftigt - trafen auf den dienstältesten Abgeordneten, der sich für diese Problematik aufgeschlossen zeigte. Man dürfe die Älteren nicht in diese Ecke stellen, nicht stets an Hilfsbedürftigkeit denken. Es hätte also gar nicht des BRH-Anstosses bedurft, dass Anliegen der Älteren deutlichen Einzug in die CDU-Fraktionsarbeit finden sollten.

Das wurde auch bei einem weiteren eingebrachten Thema offensichtlich, als der Seniorenverband um Unterstützung für sein Anliegen, das Thema Alter dem Ministerium Gesundheit und Pflege wegzunehmen und dem Ministerium Jugend und Familie zuzuordnen. Eine Forderung, bei der man nicht bald mit einer Umsetzung rechnen darf, bei der man aber bei dem Gelsenkirchener offene Türen einlief. Eine solche Zuordnung fördere geradezu den Gedanken, das Alter auf den Teilaspekt Krankheit zu reduzieren. Der Christdemokrat versprach, diesen Gedanken wach zu halten und in seiner politischen Arbeit einzubringen.

Im Rahmen des Themenblocks “Sicherheit“ sprachen die BRH-Vertreter - insbesondere durch die Kripo-Fachkompetenz von Volker Lohmeier - auch die Problematik „Opferschutz“ an, die in der Politik

offensichtlich in Vergessenheit geraten sei. Gerade die Vorfälle in Köln hätten einmal mehr deutlich gezeigt, dass dieses Aufgabenfeld nicht in privater Trägerschaft allein dem ehrenamtlichen Dienst des „Weißen Ring“ überlassen werden dürfe, sich alleinverantwortlich um Kriminalitätsopfer zu kümmern. Der BRH: „Politiker sollten verstärkt das öffentliche, mediale Augenmerk weg von dem in allen Aspekten beachteten Täter hin zu dem Schicksal der Opfer lenken!“ Stattdessen müsse dafür gesorgt werden, dass neben einem Ausdruck des Bedauerns auch Möglichkeiten der Hilfe – etwa über die Gesundheitsämter – angeboten werden.

Beim großen Arbeitsfeld des Seniorenverbands „Altersgerechtes Wohnen“ und „Verbleib bis ins hohe Alter im eigenen Wohnraum“ erwies sich als besonders nützlich, dass sich der Abgeordnete als Mitglied der CDU Seniorenunion engagiert. Bei Themen wie Förderung von erforderlichen Umbaumaßnahmen, Beseitigung von Stolpersteinen, Verbesserung des Nachbarschaftsgedankens und Einsatz von Hausnotrufgeräten dürfen sich die Gesprächspartner des BRH der Unterstützung des Abgeordneten sicher sein.

Das gilt auch für die weiteren Themen, als es um Führerscheinprüfungen für Senioren und die zunehmende Verunsicherung älterer Menschen ging. So herrschte weitgehendes Einvernehmen zum Führerschein-Gerede: Nur wenn absolute Zahlen betrachtet werden, dann ist die Gruppe der Senioren tatsächlich stark an Unfällen beteiligt. Diese Zahl wird aber den Senioren als Teilnehmer am Straßenverkehr überhaupt nicht gerecht. Unter Betrachtung der Häufigkeitszahlen stellt sich nämlich die Beteiligung der Senioren an Verkehrsunfällen als weit unterdurchschnittlich dar.

Gleichklang gab es auch bei den Wohnungseinbrüchen: Eine schmerzhafte Verletzung der Intimsphäre bei Wohnungseinbrüchen muss schlicht verhindert werden.

Zur Nachrichtenübersicht